Bericht/Antwort gem. KV M-V Federführend: 10 AMT FÜR ZENTRALE DIENSTE Beteiligt: 1 Bürgermeister 1 Büro der Bürgerschaft 30 RECHTSAMT	Nr.	BA/2019/3153 öffentlich
	Datum:	08.08.2019
	Verfasser:	Dr. Grützmacher, Christoph
Beantwortung der Anfrage, die in der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsausschusses am 05.08.2019 bezüglich der Geschäftsordnung gestellt wurde.		

Status	Datum	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich		Bürgerschaft der Hansestadt Wismar	Anfrage / Antwort / Bericht

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von Herrn Gundlack in der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsausschusses am 05. August 2019 aufgeworfene Frage, ob die „Geschäftsordnung des Verwaltungsausschusses“ mit dem Beginn der neuen Wahlperiode erneut beschlossen werden sollte, beantworte ich wie folgt:

Eine Regelung über den Erlass von Geschäftsordnungen für die Ausschüsse findet sich in § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft:

„Die Geschäftsordnung der Bürgerschaft gilt, sofern in den nachfolgenden Absätzen nicht etwas Abweichendes geregelt ist, sinngemäß für die Sitzungen der ständigen und zeitweiligen Ausschüsse. Die Ausschüsse können sich im Rahmen der Hauptsatzung und dieser Geschäftsordnung eine eigene Geschäftsordnung geben.“

In der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern ist dazu ausdrücklich nichts geregelt, allerdings kann z.B. aus dem Verweis auf § 29 Abs. 8 KV M-V „Über jede Sitzung der Gemeindevertretung ist eine Niederschrift nach näherer Bestimmung in der Geschäftsordnung anzufertigen“ in § 36 Abs. 7 KV M-V auf die Ermächtigung zum Erlass einer eigenen Geschäftsordnung geschlossen werden, vgl. hierzu Wellmann/Willner in KVR M-V § 36 Erl. 6.1.

Eine erneute Beschlussfassung über die „Geschäftsordnung des Verwaltungsausschusses“ aufgrund des Beginns einer neuen Wahlperiode ist kommunalrechtlich entbehrlich. Geschäftsordnungen sind nicht an eine Wahlperiode gebunden und gelten zeitlich unbefristet, vgl. Wellmann/Willner in KVR M-V § 29 Erl. 6.3.

Ob eine Behandlung dieser Thematik politisch mehrheitlich gewünscht wird, entzieht sich dem Zuständigkeitsbereich der Verwaltung.

Anlage/n:

Kommentierung der Kommunalverfassung M-V des Schulverlages, Wellmann/Willner, § 36 Er.
6.1 und § 29 Erl. 6.3

Der Bürgermeister

(Diese Vorlage wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.)

5.4 Teilnahme von Mitarbeitern

Mitarbeiter der Verwaltung haben kein Teilnahmerecht. Ausschüsse können auch die Teilnahme von bestimmten Mitarbeitern nicht verlangen.

Die Teilnahme von Mitarbeitern leitet sich ab einerseits von der Entscheidung des Bürgermeisters und andererseits von der Zustimmung des Ausschusses. Hinsichtlich der Teilnahme von Mitarbeitern besteht in der Regel (stillschweigendes) Einvernehmen mit der/dem Ausschussvorsitzenden. Die Teilnahme von leitenden Mitarbeitern an Ausschusssitzungen des jeweiligen Aufgabenbereichs ist in der Regel geboten, damit die kommunalpolitische Arbeit der Ausschüsse fachlich begleitet wird und auch Hinweise bei den Beratungen gegeben werden und auch fachliche Auskünfte bei den Beratungen berücksichtigt werden können (vgl. in diesem Sinne auch *Bracker/Dehn*, Erl. zu § 45 Abs. 2 GO SH).

Bei der Teilnahme von Mitarbeitern ist der Gesichtspunkt einer einheitlichen Verwaltungsführung zu wahren (vgl. auch § 38 Abs. 2 Satz 3 KV M-V; dazu auch Erl. 2.2 zu § 34 KV M-V).

Aus den Gründen einer wirtschaftlichen Verwaltung ergibt sich, die Zahl der teilnehmenden Verwaltungsmitarbeiter begrenzt zu halten.

Gemeindebeamten, die auf dienstliche Anordnung an den Sitzungen des Gemeinderats oder seiner Ausschüsse teilnehmen, darf eine Sitzungsentschädigung oder Mehrarbeitsvergütung nur aufgrund und im Rahmen einer gesetzlichen Ermächtigung gezahlt werden (VGH BW, Urt. vom 7.3.1994 – 1 S 2218/93 –, ZKF 1994 S. 207 f.; das Urt. setzt sich u. a. mit streitigen Sitzungsentschädigungen auch im Hinblick auf einen konkreten Sachaufwand auseinander).

5.5 Teilnahme von Sachverständigen

Die Ausschüsse können zu ihren Beratungen Sachverständige hinzuziehen (Absatz 5 Satz 2). Als Sachverständige kommen u. a. in Betracht:

- Planer, die im Auftrage der Gemeinde Bauleitpläne und Landschaftsplanungen aufstellen,
- Ingenieure z. B. beim Bau von Abwasseranlagen,
- Architekten bei kommunalen Hochbauten,
- Architekten und Beauftragte von Unternehmen zur Erläuterung von Bauvorhaben und Projekten, z. B. zur Durchführung des Vorhaben- und Erschließungsplans oder im Rahmen städtebaulicher Verträge,
- Vertreter von Behörden und der Deutschen Bahn AG,
- Vertreter kommunaler Spitzenverbände.

Im Falle nichtöffentlicher Sitzungen nehmen Sachverständige nur an den Beratungen, nicht aber an Beschlussfassungen teil, da sonst der Zweck der Nichtöffentlichkeit gefährdet sein kann.

Durch die Einfügung des § 17 Abs. 2 KV M-V in Absatz 6 Satz 3 wurde für Ausschusssitzungen, die nach der Hauptsatzung öffentlich stattfinden, die Möglichkeit eröffnet, neben Sachverständigen auch Einwohner anzuhören (dazu Erl. 1.2).

6. Arbeitsweise der Ausschüsse

6.1 Verfahrensregelungen

Die KV M-V trifft nur in begrenztem Umfang eigene Verfahrensregeln für Ausschüsse (vgl. z. B. §§ 35 Abs. 1 bis 4, 36 Abs. 1 bis 6 KV M-V), verweist im Übrigen weitgehend auf entsprechend anwendbare Regelungen für die Gemeindevertretung (vgl. §§ 35 Abs. 5, 36

§ 36 Kommentar – GO

Abs. 5, 6 und 7 KV M-V) und ermächtigt zu Regelungen in Hauptsatzung und Geschäftsordnung (vgl. §§ 35 Abs. 4, 36 Abs. 1, 2, 5 und 6 KV M-V). Auf § 29 KV M-V und die Erl. wird verwiesen.

Im Übrigen sind für die beratenden Ausschüsse folgende Regelungen entsprechend anzuwenden:

Anwendbarkeit gem. § 36 Abs. 5 KV M-V

- § 24 KV M-V Mitwirkungsverbote,
- § 25 KV M-V Unvereinbarkeit von Amt und Mandat, Mitteilungspflichten,
- § 26 KV M-V Vertretungsverbot,
- § 27 KV M-V Anspruch auf Entschädigungen, Kündigungsschutz,
- § 28 Abs. 2 Satz 3 KV M-V Einberufung von Sitzungen.

Anwendbarkeit gem. § 36 Abs. 6 KV M-V (Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen)

- § 29 Abs. 5 KV M-V Öffentlichkeit der Sitzungen, Ausschuss der Öffentlichkeit,
- § 29 Abs. 6 KV M-V Öffentliche Bekanntmachung der Sitzung,
- § 31 Abs. 3 KV M-V Bekanntmachung von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen.

Anwendbarkeit gem. § 36 Abs. 7 KV M-V

- § 29 Abs. 1 KV M-V Festsetzung der Tagesordnung und Einberufung der Sitzungen,
- § 29 Abs. 2 KV M-V Zusammentritt,
- § 29 Abs. 3 KV M-V Ladungsfristen, Übersendung von Beschlussvorlagen der Verwaltung,
- § 29 Abs. 4 KV M-V Aufsetzung von Tagesordnungspunkten,
- § 29 Abs. 8 KV M-V Niederschrift,
- § 30 KV M-V Beschlussfähigkeit, Beschlussunfähigkeit,
- § 31 Abs. 1 KV M-V Beschlussfassung, Mehrheiten
- § 31 Abs. 2 KV M-V Anträge als Voraussetzungen für Abstimmungen.

6.2 Die Vorsitzenden der beratenden Ausschüsse sind nicht Repräsentanten der Gemeinde. Die KV regelt, dass gem. § 28 Abs. 2 KV M-V die/der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Gemeindevertretung vertritt; gem. §§ 37 Abs. 2, 39 Abs. 2 KV M-V ist der Bürgermeister der gesetzliche Vertreter der Gemeinde (vgl. Erl. 3.2 zu § 28 KV M-V).

6.3 Widerspruch gegen Ausschussbeschlüsse

Ein Widerspruch gegen Ausschussbeschlüsse kommt nur bei beschließenden Ausschüssen (Hauptausschuss, Werks- und Betriebsausschuss usw.) in Betracht (vgl. § 33 Abs. 3 KV M-V), da die Beschlüsse der beratenden Ausschüsse keine Entscheidungen sind (vgl. Erl. 2.1). Als Empfehlungen entfalten sie keine eigene Handlungswirkung.

Bei beschließenden Ausschüssen muss zunächst der Hauptausschuss über den Widerspruch des Bürgermeisters entscheiden (§ 33 Abs. 3 Satz 3 KV M-V). Gibt er dem Widerspruch nicht statt, so hat darüber die Gemeindevertretung zu entscheiden (§ 33 Abs. 3 Satz 4 KV M-V). Folgt diese ebenfalls dem Widerspruch nicht, so kann der Bürgermeister nunmehr diesen Beschluss beanstanden (§ 33 Abs. 3 Satz 5, Abs. 2 KV M-V). Anders stellt sich die Situation für den Jugendhilfeausschuss dar, der nach § 33 Abs. 4 KV M-V abschließend über den Widerspruch entscheidet (siehe dazu Erl. 5 zu § 33 KV M-V).

zwingende gesetzliche Vorschriften wiedergeben (OVG NW, Urt. vom 27.8.1996 – 15 A 32/93 –, NWVBl. 1997 S.69; VG Greifswald, Beschl. vom 7.8.2008, Der Überblick S. 572 ff.). Der Entscheidung des OVG NW lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der Kläger wandte sich gegen die Heranziehung zu einem Straßenbaubeitrag u. a. mit der Begründung, die der Beitragserhebung zugrunde gelegte Beitragssatzung sei nicht wirksam bekannt gemacht worden, weil die öffentliche Bekanntmachungen regelnde Hauptsatzung ihrerseits nicht wirksam sei; die Hauptsatzung sei in einer Sitzung beschlossen worden, zu der die Mitglieder unter Verstoß gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung eingeladen worden seien (NWVBl. 1997 S. 69).

6.2 Die Verletzung von Geschäftsordnungsbestimmungen unterliegt weder der Widerspruchspflicht des Bürgermeisters (§ 33 Abs. 1 KV M-V) noch dem Beanstandungsrecht der Rechtsaufsichtsbehörde (§ 81).

6.3 Die Geschäftsordnung wird mit einfacher Mehrheit gem. § 31 Abs. 1 KV M-V beschlossen. Die Geltung der Geschäftsordnung ist nicht an die Wahlperiode gebunden. Sie gilt zeitlich unbefristet. Letztlich ist es daher auch möglich, dass die Gemeindevertretung von diesen Regelungen abweicht, was sich rein schlüssig aus einer mehrheitlichen, abweichenden Beschlussfassung ergeben kann.

6.4 Die KV M-V enthält einige Grundvorschriften für die Geschäftsordnung, so

- § 22 Abs. 6 Verpflichtung zum Erlass einer Geschäftsordnung,
- § 23 Abs. 5 Regelung über Fraktionen (Bildung, Rechte und Pflichten) – (Muss-Vorschrift),
- § 25 Abs. 3 Frist für die Mitteilung von vergüteten oder ehrenamtlichen Tätigkeiten,
- § 29 Abs. 2 Zeitraum für die regelmäßige Einberufung der Gemeindevertretung,
- § 29 Abs. 3 Ladungsfristen für ordentliche und Dringlichkeitssitzungen der Gemeindevertretung (Muss-Vorschrift),
- § 29 Abs. 8 Nähere Bestimmungen über die Niederschrift (Muss-Vorschrift),
- § 32 Abs. 2 Regelungen über das Los-Verfahren (Muss-Vorschrift),
- § 32 Abs. 2 Regelung für frei werdende Wahlstellen.

Darüber hinaus hat die Gemeindevertretung eine weitgehende Gestaltungsfreiheit zur Regelung ihrer inneren Angelegenheiten.

6.5 Es ist üblich geworden, dass Geschäftsordnungen Regelungen der Kommunalverfassung im Wortlaut wiedergeben. Dies ist dann problematisch,

- wenn dadurch der Eindruck bei der Beschlussfassung besteht, es handele sich um disponible Bestimmungen, die in die Entscheidungsmöglichkeit der Gemeindevertretung gestellt seien,
- wenn Regelungen der KV M-V nicht vollständig wiedergegeben werden.

Soweit Geschäftsordnungen Regelungen der KV M-V z. B. aus Gründen der praktischen Handhabung mit aufnehmen, sollte dies deutlich gemacht und z. B. durch Fußnoten auf die entsprechende Fundstelle in der KV M-V verwiesen werden.

Soweit Geschäftsordnungen aufgestellt werden, ohne Texte der KV M-V einzubeziehen, sollte nach den Überschriften zu den einzelnen Abschnitten und Paragraphen auf Regelungen der KV M-V und die Hauptsatzung verwiesen und diese Bestimmungen in einer Anlage zur Geschäftsordnung abgedruckt werden.

Sofern die Geschäftsordnung Regelungen enthält, die gesetzliche Rechte der Gemeindevertreter beschränken, können diese im Kommunalverfassungsverfahren überprüft werden (BVerwG, DVBl 1988 S. 90). Auf die Erl. 5 zu § 33 KV M-V wird verwiesen.